

Elvin Hülser

# Populismus – eine antidemokratische Versuchung

Versuchungen gibt es nicht nur im persönlichen, sondern auch im politischen Raum und Leben. Macht und Einfluss stellen Versuchungen dar. Die politische Bühne ist eine Versuchung für Selbstdarsteller. Es sind dies Versuchungen, die sich aus der Struktur und dem Charakter von Politik als öffentlicher Angelegenheit mit Entscheidungskompetenzen ergeben.

## Der antidemokratische Charakter des Populismus

Wenn wir den antidemokratischen Charakter des Populismus verstehen wollen, müssen wir uns gleichzeitig der Frage zuwenden, was die liberale Demokratie ausmacht.

Während ein liberales Demokratieverständnis von einem pluralistischen Gesellschaftsverständnis ausgeht, versteht der Populismus Gesellschaft und Volk als ein einheitliches Ganzes. Diese Prämisse ist der Angelpunkt der populistischen Argumentationslogik. Vor diesem Hintergrund werden abweichende Werte, Interessen und Lebensvorstellungen als illegitim gedeutet. Die liberale Demokratie lässt sich als ein politisches System verstehen, das der friedlichen Vermittlung dieser unterschiedlichen Haltungen und Interessen dient, wohingegen Populisten von der Existenz eines einheitlichen Volkswillens ausgehen. Populisten nehmen für sich in Anspruch, diesen Willen des „wahren Volkes“ zu kennen und umsetzen zu können. Indem sie diesen „Volkswillen“ artikulieren, erheben sie einen Vertretungsanspruch – nicht zuletzt in Abgrenzung zu den „herrschenden Eliten“, denen „Verrat am Volk“ vorgeworfen wird. Demokratische Aushandlungsprozesse, politische Kompromisse, Toleranz und Schutz von Minderheiten und Individuen im Rahmen eines gewaltenteiligen organisierten Rechtsstaats sind in diesem Verständnis letztlich unnötig.

Hier wird der antidemokratische Kern des Populismus deutlich. Die Absolutheit der eigenen

(Vertretungs-)Ansprüche, das fehlende Interesse, ja, die Verachtung für die Regeln und Ausgleichsmechanismen der Demokratie, die Missachtung rechtstaatlicher Prinzipien machen ihn zu einer nur scheindemokratischen, in Wahrheit autoritären Alternative.

Die Demokratie im Rahmen des Rechts- und Verfassungsstaats hingegen bietet Mechanismen des gesellschaftlichen Interessenausgleichs, Teilhabemöglichkeiten und Rechtssicherheit. Und vermittelt Wahlen und geordneter Regierungswechsel bietet sie eine institutionalisierte Möglichkeit der Selbstkorrektur. Vor allem diese Möglichkeit der Revision politischer Entscheidungen ist angesichts der Fehlbarkeit menschlichen Urteilsvermögens und sich verändernder Rahmenbedingungen ein starkes Argument für die Demokratie.

## Populismus als Versuchung

Betrachtet man populistische Denkmuster näher, verdichtet sich das Bild einer dichotomen, stark vereinfachenden Weltsicht. Populistische Strategien und Argumentationsmuster richten sich typischerweise an „das Volk“ und gegen „die Elite“ sowie gegen ein „fremdes Anderes“ gleichermaßen. Die Eliten werden des Verrats an den Interessen des „einfachen Volkes“ bezichtigt, Menschen mit Migrationshintergrund oder abweichenden gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen als „Ausländer“ oder „ideologische Spinner“ ausgegrenzt. Hier geht es auch um die Durchsetzung von Etabliertenvorrechten und spezifischen Gesellschaftsvorstellungen, die als allgemeingültig ausgegeben werden. Der Rechtspopulismus stützt diese Sichtweise durch statische, nicht veränderbare Kultur- und Identitätsverständnisse, denen es nachzuzufolgen gilt.

Vermittels gezielter Provokationen verschaffen Populisten sich Aufmerksamkeit und grenzen sich zugleich von den etablierten Eliten ab, machen sich „zur Stimme des Volkes“.



Politik wird in populistischer Logik immer im Ausnahmezustand akuter existentieller Bedrohung verstanden. Permanent werden Krisen-, Bedrohungs- und Versagensdiskurse inszeniert, es geht immer ums Ganze, um die Existenz des Volkes oder Staates. Dies bedeutet aber auch, dass frei nach dem Motto „Not kennt kein Gebot“ jedes Mittel in diesem behaupteten Überlebenskampf recht ist. Die vorhandenen Verunsicherungen und das fehlende Vertrauen in die Politik und Demokratie werden auf diese Weise permanent gesteigert, während gleichzeitig der eigene Machtanspruch untermauert wird. So erklärt sich auch der Angriff auf Verfassungsinstitutionen, die in diesem Kampf dem Willen und Überleben des Volkes angeblich entgegenstehen. Grobe Vereinfachungen und selektive Wahrnehmungen, die Diskreditierung politischer Gegner, das Denken in Feindbildern und abstruse Verschwörungstheorien, mit denen sich die Diskrepanz des eigenen Weltbildes zu den beobachtbaren Realitäten überbrücken lässt, sind Mittel der Wahl in der politischen Auseinandersetzung. Gleichzeitig erklären sich Populisten immer wieder zu Opfern, die mundtot gemacht werden sollen. Die vermeintliche Rolle als Opfer (der „Lügenpresse“, der „etablierten Parteien“, eines „links-grün versifften“ Zeitgeists) gibt Gelegenheit, sich selbst als Helden und Märtyrer („Mut zur Wahrheit“) zu inszenieren.

Einer der Hauptgründe für die Attraktivität populistischer Denkmuster liegt in folgendem Umstand begründet: Es treffen Menschen mit begrenzter Erkenntnisfähigkeit, die auf Vereinfachung angewiesen sind, um handlungsfähig zu bleiben, auf fortwährende Wandlungsprozesse und Komplexitätszunahme in einer sich globalisierenden Welt. Was den einen Chance und Herausforderung ist, ist dem anderen permanente Überforderung und Bedrohung. Die Zunahme struktureller Unsicherheiten (Einschränkungen des Wohlfahrtsstaates bei zunehmenden Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen) lässt viele Menschen nach Gewissheiten und Sicherheiten suchen, die ihnen Kontrolle über ihr Weltbild und ihr Leben zurückgeben.

Der Aufwind für populistisches Denken und populistische Politik gründet demnach in einer stark gewachsenen Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung Deutschlands, Europas und der Welt sowie einem einhergehenden Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit der Demokratie.

Dieser Vertrauensverlust dürfte vor allem damit zu tun haben, dass die Politik vielfach eher als (Mit-)verursacher der Verunsicherungen denn als Problemlöser in dieser Entwicklung angesehen wird. Politikverdrossenheit wächst sich zur Demokratieverachtung aus.

Hinzu kommen Verlustängste, ein Gefühl des „um uns kümmert sich ja keiner“ in Verbindung mit gesamtgesellschaftlichen Desintegrations- und Abstiegsprozessen und sozialen Spaltungen. Es geht nicht nur um Einkommensentwicklungen, sondern nicht zuletzt um soziostrukturelle Verdrängungsprozesse in Städten (Gentrifizierung) und Verödungsprozesse in ländlichen Räumen, die die Lebensqualität und die Zukunftsaussichten negativ beeinflussen. Hier sind Angebote, die Schuldige präsentieren („abgehobene Eliten“ und/oder „Ausländer“ oder „EU/Brüssel“) und eine Lösung auf dem Weg der Beseitigung der Schuldigen („Merkel muss weg“, „Ausländer raus“ oder „Raus aus der EU“) suggerieren und zudem die Möglichkeit der Rückkehr in eine „heile Welt“ der Vergangenheit nahelegen, eine echte Versuchung. Dies ist potentiell attraktiv für all jene, die das Gefühl haben, unter den Bedingungen einer zunehmend internationalisierten Leistungs- und Erfolgsgesellschaft neoliberalen Zuschnitts nicht mithalten zu können. Die Wohlfahrts-, Fortschritts- und Teilhaberversprechen der Nachkriegsjahre, nach denen es jeder nachfolgenden Generation besser gehen solle, sind zunehmend unglaubwürdig geworden. Es ist aber auch keine alternative Zukunftsidee oder gesellschaftliche Erzählung an deren Stelle getreten. Auch deshalb ist die Illusion einer Rückkehr in die Vergangenheit so verlockend.

## Autoritäre Abkürzungen in der Demokratie?

Populistische Parolen und Politik werden insbesondere dann zu einer Versuchung, wenn eine gewachsene Unzufriedenheit mit politischem Stillstand, Politikverdrossenheit und Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien mit der Wahrnehmung zusammentrifft, wir seien als Staat, Nation oder Gesellschaft mit einer existentiellen Krise bzw. Bedrohung konfrontiert, die dringenden Handlungsbedarf mit sich bringt. In populistischer Logik darf, ja, muss im Notfall mit allen Mitteln der Wille und das (Überlebens-)Interesse des Volkes verteidigt und durchgesetzt werden.

Was den einen Chance und Herausforderung ist, ist dem anderen permanente Überforderung und Bedrohung.



Praktikant im Uelzener Modehaus Jürgen Markwardt (Bürgermeister von Uelzen)

Die zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, ob es im politischen System eine „Abkürzung“ und eine „Notfalloption“ geben sollte, um für richtig, notwendig und dringlich erachtete politische Maßnahmen durchzusetzen. Dieses liefe auf die Aushebelung der Demokratie hinaus.

Dies ist nicht nur für den Rechtspopulismus eine attraktive Option. Vereinzelt stößt man auch auf die Idee, dass angesichts der drohenden Klimakrise und eines attestierten Versagens des Staates (und damit der Demokratie) zur Lösung der drängenden Fragen (Klimaziele) über so etwas wie eine „Ökodiktatur“ nachgedacht werden sollte – um im Namen der Menschheit (oder auch der Natur) und gegen die „neoliberalen Eliten“ das „richtige“ zu tun. Abgesehen davon, dass es dann schon eine Internationale der Ökodiktaturen bräuchte, um wirksam zu werden, gibt es zwei grundlegende Probleme: Zum einen kann auch die im Namen der „Menschheit“ vorgebrachte Forderung nicht verdecken, dass es in letzter Konsequenz um eine autoritäre, im Zweifelsfalle gewaltvolle Durchsetzung

eigener politischer Ziele und Maßnahmen geht. Zum anderen fordern Rechtspopulisten mit der gleichen Überzeugung und im Namen des „wahren Volkes“ bspw. eine inhumane, völkerrechtswidrige Ausländerpolitik und die Abschottung Deutschlands, da sonst der Untergang des deutschen Volkes drohe.

Die Versuchung, im Namen der als „richtig“ erkannten Ziele die autoritäre, antidemokratische Abkürzung zu nehmen, ist jeweils groß. Der Rechtspopulismus spielt in der Praxis systematisch mit dieser Versuchung. Der Klima- und Umweltbewegung, insbesondere „Fridays for Future“, wird zwar wiederholt ebenfalls Populismus unterstellt, doch in der Breite trifft dieser Vorwurf nicht zu, denn es wird nicht in Frage gestellt, dass es die Aufgabe demokratisch gewählter Politikerinnen und Politiker ist, die konkrete Klimapolitik zu verantworten. Problematisch würde es dann, wenn nicht nur propagiert würde, dass es im Interesse der jüngeren Generation und des Überlebens der Menschheit notwendig sei, jetzt klimapolitisch zu





Bürgermeisterin Astrid Dreyer (Mitarbeiterin der Stadt, die das Parken der Autos überwacht)

handeln, sondern wenn auch behauptet würde, die junge Generation als solche oder gar die Menschheit und deren Interessen zu repräsentieren. Dies ist, was einzelne Umweltbewegte implizit tun, wenn sie für eine Ökodiktatur („zur Rettung unseres Planeten“) plädieren.

### Plädoyer für die Mühen der Demokratie

Es bleibt bei aller persönlichen Überzeugung dabei: Wir haben keine absoluten Gewissheiten und abschließenden Erkenntnisse darüber, was richtig, notwendig und dringlich ist. Welche Ziele wir anstreben sollten, muss Gegenstand fortwährender philosophischer, ethischer, alltagspraktischer und schließlich politischer Erwägungen und Abwägungen sein. Demokratische und liberale Prinzipien mit der Selbstkorrekturmöglichkeit des demokratischen Systems sind immer noch die überzeugendsten Versuche, damit umzugehen. Deshalb ist es die Aufgabe derer, die der Versuchung des Populismus begegnen wollen, einerseits dem Populis-

mus entschieden und überzeugend entgegenzutreten und andererseits der Verunsicherung und dem Misstrauen in die Demokratie durch politisches und gesellschaftliches Handeln den Nährboden zu entziehen. Denn die Demokratie braucht Demokraten. Mit anderen Worten: Demokratie ist anstrengend, aber sie ist immer noch die beste Möglichkeit der Gestaltung eines Gemeinwesens und unserer Zukunft – eben weil diese offen ist.

#### Elvin Hülser

Geschäftsführer und Referent für Friedensfragen im Antikriegshaus im Friedens- und Nagelkreuzzentrum Sievershausen.

#### Literatur:

- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritäre Versuche. Berlin 2018.
- Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin 2016.
- Moffitt, Benjamin: The Global Rise of Populism. Performance, Political Style and Representation. Stanford 2016.
- Zorn, Daniel-Pascal: Logik für Demokraten. Eine Anleitung. Stuttgart 2017.